

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 8 88 846 ppbn
Telefax: (0228) 9 1520-12

Inhalt

Lissy Gröner MdEP fordert, die Armut von Frauen und Kindern zu bekämpfen: Allein in Berlin sind 3.000 Minderjährige obdachlos.

Seite 1

Dr. Eberhard Brecht MdB beschreibt die Erwartungen der Sozialdemokraten an die UNO: Vereinten Nationen kein Synonym für Kampfeinsätze.

Seite 2

Dokumentation:

Die SPD Baden-Württemberg hat mit Blick auf den Bundesparteitag einen außenpolitischen Leitartikel erarbeitet: Breschen schlagen in den Egoismus der Starken. Wortlaut.

Seite 4

48. Jahrgang / 183

24. September 1993

Armut von Frauen und Kindern bekämpfen Allein in Berlin sind 3.000 Minderjährige obdachlos

Von Lissy Gröner MdEP
Berichterstatterin über Frauen und Armut in der EG im Europäischen Parlament

50 Millionen Menschen in der Europäischen Gemeinschaft leben in Armut, 70 Millionen sind arbeitslos, drei Millionen besonders in den Großstädten obdachlos. Hauptrisikogruppe sind Frauen und zunehmend auch Kinder. In Großbritannien wächst bereits jedes vierte Kind in Armut auf, in der Hauptstadt Deutschlands Berlin sind 3.000 Kinder obdachlos.

Die EG-Kommission, der Ministerrat und die Mitgliedstaaten sind gefordert, mehr Mittel zur Bekämpfung von Frauenarbeitslosigkeit und Armut bereitzustellen und sich endlich auf eine koordinierte aktive Beschäftigungspolitik zu verständigen.

Leider müssen wir zurecht von einer Feminisierung der Armut in Europa sprechen. 55 Prozent der Langzeitarbeitslosen sind Frauen, 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen und 80 Prozent der alten Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, sind Frauen. Die soziale und kulturelle Ausgrenzung von Frauen nimmt beispielsweise in den neuen Bundesländern alarmierend zu. Mit der andauernden wirtschaftlichen Rezession droht aber überall in Europa ein lawinenartiges Anwachsen der Armut von Frauen und ihren Kindern.

Deshalb muß auch das Gemeinschaftsprogramm NOW zur Integration/Reintegration von - besonders benachteiligten - Frauen auf dem Arbeitsmarkt unbedingt über das Jahr 1993 mindestens bis zum Jahre 1995 fortgesetzt werden. Das NOW-Programm ist etwas besonderes, weil es ein eigenständiges Frauenförderprogramm mit eigenem Budget ist. Schon jetzt ist es zum 'Markenzeichen' für die Frauenförderung in Europa geworden. Wir fordern die EG-Kommission deshalb auf, ihre Vorbehalte aufzugeben und sich auf die Fortsetzung des NOW-Programms festzulegen.

(-/24. September 1993/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemfänger Umweg
mit normalem Rotations
Reisungsweg



Die Uno nicht mit Kampfeinsätzen gleichsetzen
Wie die Sozialdemokraten die Vereinten Nationen sehen

Von Dr. Eberhard Brecht MdB

Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses Vereinte Nationen

Die UNO teilt seit geraumer Zeit mit der derzeitigen Bundesregierung das Schicksal schlechter Noten in der öffentlichen Meinung unseres Landes. Während der Bundeskanzler nach dem Ende der bipolaren Welt den Ost- und Westdeutschen etwas versprach, was nicht einlösbar war, wurde die UNO unverschuldet Opfer der "Diskrepanz zwischen Vision und Realität". So jedenfalls hat Boutros Ghali in seinem aktuellen Bericht zur 48. Vollversammlung den Zustand der UNO beschrieben. Was aber kann eine Weltorganisation schon bewegen, deren reguläres Budget etwa demjenigen der New Yorker Feuerwehr entspricht? Dabei verfügt die New Yorker Feuerwehr gegenüber der UNO über den unschätzbaren Vorteil, daß sie vor dem Ausrücken der Feuerlöschzüge nicht erst wochenlang deren Finanzierung klären muß. Die Einrichtung eines "revolving fund" ist zwar ein bescheidener Lösungsansatz, erlöst die UNO aber nicht aus ihrer durch finanzielle Not bedingten Ohnmacht.

Die sich in Deutschland zunehmend etablierende Distanz zur UNO hat auch einen innenpolitischen Grund: Die Koalitionsfraktionen haben es im Zusammenspiel mit einigen Zeitungen geschafft, daß viele Bürger unseres Landes den Begriff "UNO" assoziativ mit dem Wort "Kampfeinsatz" verbinden. Ich unterstelle ja gar nicht, daß die Bundesregierung das beabsichtigt hat. Dies war nur das Hundepfer bei der Treibjagd auf die SPD. Wer wie der Kanzler die deutsche Beteiligung an UNO-Kampfeinsätzen zur "Schicksalsfrage" der deutschen Politik hochstilisiert, braucht sich nicht über eine UNO-Abwehrfront in unserem Land zu wundern.

Hinter dieser vermeintlichen "Schicksalsfrage" steht auch der verständliche Wunsch, ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu werden. Während zur Überraschung und zum Ärger einiger NATO-Partner Außenminister Kinkel auf der 47. Generalversammlung ein solches Interesse anmeldete, bezeichnete der Kanzler die Frage des Sicherheitsratsitzes als an letzter Stelle stehend (Spiegel 8/1993). Und - wieder der Kanzler - : Die Bundesrepublik sei für diese Aufgabe nicht gerüstet (1.12.92, Süddeutsche Zeitung). Den öffentlichen Dialog zwischen Auswärtigem und Kanzleramt hätte Karl Valentin vermutlich so kommentiert: "Mögen hätten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut."

Auf die Aufforderung des Generalsekretärs vom 5. März 1993 (Resolution 62/47) zu Vorschlägen für eine angemessene Erweiterung des Sicherheitsrates meldete der Bundesaußenminister das Interesse Deutschlands für einen ständigen Sitz an. Es hätte Sinn gemacht, dieses Begehren im Vorfeld mit den Außenministern Großbritanniens und Frankreichs abzustimmen. Studiert man nämlich die Antworten der derzeitigen ständigen Mitglieder an Boutros Ghali, findet der deutsche Wunsch lediglich bei den Amerikanern eine positive Würdigung. So muß doch die Frage gestellt werden, ob der Außenminister nicht einmal bei unseren engsten Freunden Gehör fand oder ob er einfach nur handwerklich unprofessionell vorging?

Ich möchte für die SPD-Bundestagsfraktion klarstellen: In unserem Antrag "Reform der Vereinten Nationen" haben wir bis zur Wahrnehmung eines gemeinsamen europäischen Sitzes im Sicherheitsrat eine deutsche Mitgliedschaft in diesem wichtigen UN-Gremium grundsätzlich befürwortet. Es macht durchaus Sinn, wenn wir als drittgrößter Beitragszahler mehr Einfluß auf die sicherheitspolitischen Prioritäten des Rates nehmen. Entscheidungsprozesse dürfen nicht mehr nach dem desert-storm-Muster ablaufen: Washington konzipiert, New York kopiert, Deutschland finanziert. Und der Generalsekretär resigniert. - Falls der Sicherheitsrat erweitert würde, sollten nicht nur Japan und Deutschland, sondern auch einige bevölkerungsreiche Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas ein Eintrittsticket erhalten. Dies allein wird nicht ausreichen, um den Vorwurf der nur in der Generalversammlung vertretenen Staaten abzubauen, der Sicherheitsrat entscheide selbstherrlich und ohne jegliche Kontrolle. Man sollte daher eine Appellationsinstanz ins Auge fassen, bei der auf Grundlage des Völkerrechts Entscheidungen der UNO angefochten werden können.

Unsere eigene ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat ist kein Obligo: Wir Sozialdemokraten werden darauf verzichten, wenn der Preis des Eintrittstickets zu hoch ist. Interventionskriege wie der Golfkrieg oder militärische out-of-area-Schläge im Rahmen von WEU oder NATO auf der Grundlage von Artikel 51 der UN-Charta sind mit uns nicht zu machen.

In den vorliegenden Anträgen zur Reform der UNO sind eine Reihe von guten Vorschlägen enthalten, die den Apparat der Vereinten Nationen wirksamer gestalten sollen, so eine Verschlinkung von Gremien und eine bessere Abstimmung ihrer jeweiligen Aktivitäten. Wenn hier aber und in den verschiedensten Reformvorschlägen eine Stärkung der UNO gefordert wird, so frage ich mich doch nach der Ernsthaftigkeit einer solch allgemein gehaltenen Forderung. Tatsache ist doch, daß die Hochstimung nach der Unterzeichnung der Charta von Paris 1990 längst verflogen ist und die UNO in einer tiefen Krise steht. Es geht nicht um eine weitere Stärkung der Weltorganisation; es geht um den Kampf gegen einen zunehmenden Verfall der UNO. Der rapiden Ausbreitung ethnisch-nationaler Konflikte und der wachsenden Schwierigkeiten, ihren Ausbruch zu verhindern oder sie einzudämmen, steht die Weltorganisation ohne den Rückenhalt der Verbal-Reformisten mehr oder weniger hilflos gegenüber:

- So kommt die USA ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nach und trägt mit ihren enormen finanziellen Außenständen von 1,3 Milliarden DM maßgeblich zur Finanzkrise der UNO bei. Der Ausdruck "Finanzkrise" ist ja genaugenommen eine Verharmlosung; es geht in Wahrheit um eine politische Krise, die mit dem Risiko des Scheiterns der Idee weltweiter kollektiver Sicherheit verbunden ist.
- Ferner folgten den Ankündigungen Bill Clintons und der VN-Botschafterin Albright, amerikanische Truppen würden entgegen der bisherigen Praxis dem UN-Oberbefehl unterstellt, bislang keine Taten. In Somalia verfolgen die Amerikaner ihre eigene, höchst fragwürdige Strategie. Dazu paßt es, daß die in der "Agenda für den Frieden" anvisierten UNO-Friedensstreitkräfte vom Sicherheitsrat nicht befürwortet werden, weil insbesondere Amerika und Großbritannien es ablehnen, eigene Truppen dem Generalsekretär zu unterstellen.
- Auch die deutsche UNO-Politik ist nicht frei vom Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Zwar gehören wir zur Gruppe der einigermaßen pünktlich und vollständig zahlenden Mitglieder der Weltgemeinschaft. Eine Absenkung des freiwilligen UNICEF-Beitrages von 20 Millionen DM auf zunächst 10, nun sogar auf 5 Millionen Mark mit dem Hinweis auf bestehende Guthaben des UNO-Nebenorgans wirkt kleinkariert angesichts der enormen Aufgaben des Kinderhilfswerks in Afrika, insbesondere in Somalia. Dies ist umso bedauerlicher, als der Beitrag der Bundesregierung für UNICEF im Verhältnis zu anderen UNO-Organisationen ohnehin schon unverhältnismäßig gering ausfiel. - Ich frage mich weiterhin, warum Deutschland im Unterschied zu seinen europäischen Nachbarn nicht bereit ist, sich der Rechtsprechung des IGH zu unterwerfen. Wie konnten wir unbekümmert eine friedliche Schlichtung des Lockerbie-Konfliktes mit Libyen vor dem IGH fordern, wenn wir selbst nicht zu einer ohnehin widerrufbaren Unterwerfung unter diese Jurisdiktion bereit sind? Wovor hat diese Bundesregierung Angst?

Generalsekretär Boutros Ghali hat anläßlich der Eröffnung der 48. Generalversammlung zu Recht kritisiert, daß die großen Mächte gigantische Kriseneinsätze der Weltorganisation fordern, ohne gleichzeitig der Organisation die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Vieles spricht zur Zeit dafür, daß sich zwischen der UNO und einigen ihrer Mitglieder eine bestimmte "Arbeitsteilung" anbahnt. Auf der einen Seite werden der UNO die Aufgaben zugeschoben, an deren Bewältigung die mächtigen Staaten selbst kein unmittelbares Interesse haben. Auf der anderen Seite möchten sich diese Staaten möglichst weitgehend von UNO-Entscheidungen freihalten und ihre Militärbündnisse dann einschalten können, wenn es ihrer Interessenlage entspricht. Die UNO läuft so Gefahr, zum sicherheitspolitischen Selbstbedienungsladen der westlichen Mächte zu werden. So jedenfalls stellen wir Sozialdemokraten uns ein System kollektiver Sicherheit nicht vor. Wir sind entschieden für ein regionales System kollektiver Sicherheit in Europa.

Die UNO braucht dringend Entlastung durch Regionalorganisationen, wie sie im Kapitel VIII der VN-Charta vorgesehen sind. Die KSZE hat sich inzwischen dazu erklärt. Aber die KSZE ist immer noch kraftlos, ihr fehlen bislang die nötigen Mechanismen und Instrumente, um den Aufgaben der Friedenserhaltung in Europa gerecht zu werden. Deshalb sollen nach dem Willen der westlichen Staaten NATO und WEU in die Lücke einspringen. In Jugoslawien wird das bereits in bescheidenem Umfang praktiziert. Hierbei kann es sich bestenfalls nur um Übergangslösungen handeln. Bei Interessenkonflikten zwischen der UNO und den Militärorganisationen auf dem Gebiet der Friedenssicherung müßte die Weltorganisation (bzw. die KSZE) den Kürzeren ziehen. Die Verteidigungsbündnisse sind

Ja nicht an den Weltsicherheitsrat gebunden, wie eine Regionalabmachung im Sinne der Charta. Wer also wirklich die Stärkung der UNO will, darf sie nicht auf die dürftige Rolle des Legitimationsbeschaffers reduzieren.

Der deutsche Essayist Frank Thieß bezeichnete die Weltgeschichte als ein Meer von Blut und Tränen, in dem die wenigen ruhigen und friedlichen Zeiten wie einsame Inseln schwimmen. Land kommt immer wieder mal in Sicht. Unser außen-, entwicklungs- und umweltpolitisches Engagement im Rahmen der UNO entscheidet mit darüber, ob wir es je erreichen.

(-/24. September 1993/rs/fr)

DDOKUMENTATION

Breschen schlagen in den Egoismus der Starken

Die SPD-Baden-Württemberg hat mit Blick auf den Bundesparteitag einen außenpolitischen Leitartikel erarbeitet, den wir dokumentieren.

1. Politische Ziele der SPD

In der gegenwärtigen Diskussion über eine neue Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik nach dem Ende des Kalten Krieges und über die Definition von Deutschlands Rolle in der Welt konzentriert sich die SPD auf folgende politische Ziele:

- 1) Wir warnen vor einer erkennbaren Überbetonung des militärischen Instrumentariums durch die Regierung Kohl-Kinkel und sind entschlossen, jeder Militarisierung der deutschen Außenpolitik und einer damit verbundenen Umwandlung der Bundeswehr in eine frei verfügbare Interventionsarmee entgegenzutreten.
- 2) Wir wollen verhindern, daß sich Deutschland unter dem Vorwand humanitärer Ziele an militärischen Interventionen beteiligt, die in Wirklichkeit weltweit bestehende Verteilungsungerechtigkeiten gewaltsam absichern und einer Militarisierung des Nord-Süd-Konflikts Vorschub leisten.
- 3) Wir setzen als Ergänzung von politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Friedenserhaltung auf die helfende Funktion von friedenserhaltenden Blauhelm-Missionen der Vereinten Nationen, die ihren strikt unparteilichen und nichtinterventionistischen Charakter bewahren müssen. Wir sind bereit, das Grundgesetz so zu ändern, daß sich speziell ausgebildete Bundeswehreinheiten an friedenserhaltenden Blauhelmeinsätzen beteiligen können, während jede Beteiligung an Kriegseinsätzen ausgeschlossen bleiben muß.
- 4) Die Entwicklung zu einer Weltgesellschaft, in der sich eine Minderheit der Starken egoistisch gegen die Mehrheit der Schwachen abschottet, lehnen wir ab. Sozialdemokratisch handeln heißt, auf allen Ebenen Initiativen zu einer solidarischen Weltgesellschaft zu entwickeln. Unsere Bemühungen um einen Ausbau der Europäischen Gemeinschaft und die Schaffung einer Europäischen Union sind diesem Ziel verpflichtet. Europa darf nicht zur Wagenburg der Etablierten werden, die ihre Privilegien gegen den ärmeren Osten und Südosten des Kontinents verteidigen.
- 5) Wir übernehmen den Auftrag, eine "Neue Ostpolitik" zu entwerfen, die in einem koordinierten Konzept definiert, wie wir durch Beratung und Hilfe, durch politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Abbau von Handelshemmnissen zu einer verlässlichen Zukunftsperspektive für die Staaten in Ost- und Südosteuropa beitragen können.
- 6) Wir sind entschlossen, gegen den Egoismus der Starken und die Ressourcenverschwendung des Nordens anzukämpfen, den Kapitaltransfer von Süd nach Nord endlich umzudrehen und vor allem über faire Handelsbeziehungen Auswege aus der gefährlichen Verarmung und Verelendung der Menschen in der Dritten Welt zu suchen.

II. Keine Reduzierung der Außenpolitik auf weltweite Bundeswehreinätze

1. Der wichtigste Erfolg deutscher Außenpolitik nach 1945 war die Zustimmung in Ost und West zur deutschen Einheit. Die Grundlage dafür schuf eine Kontinuität in der Verfolgung des Interesses, Vertrauen im Westen (Westbindung) mit Vertrauen im Osten (Entspannungs- und Ostpolitik) miteinander zu verbinden. Die Grundlinien dieser spezifischen deutschen Interessenspolitik, die sich mit den Namen Willy Brandt, Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher verbinden, haben sich über die politische Wende von 1983 bis zum Zwei-Plus-Vier-Vertrag erhalten.
2. Nach der Vereinigung, die ohne die Zustimmung Michael Gorbatschows nicht möglich gewesen wäre, begannen Unsicherheiten in der deutschen Außenpolitik. Der Umbruch in der Sowjetunion und in ganz Osteuropa ging über Gorbatschow hinweg. Die Bundesrepublik wollte sich nicht verspäten, suchte den Anschluß an die Emanzipationsbewegungen in den 15 Sowjetrepubliken und in Mittel- und Südosteuropa. Im Auflösungsprozeß der Jugoslawischen Föderation unterstützte die Bundesregierung hektisch und ohne Voraussicht die Selbständigkeitsbestrebungen der Teilrepubliken und zog die EG dabei energisch mit sich. Aus der heutigen Erfahrung heraus war dies ein Fehler. Er spielte eine Rolle bei Genschers Entschluß im April 1992, seinem Nachfolger einen unbelasteten Anfang zu ermöglichen.
3. Diese Chance wurde nicht genutzt. Unter Außenminister Kinkel setzte die Bundesregierung ihre Suche nach einer neuen, für die Größe und Wirtschaftskraft des Landes angemessenen internationalen Rolle Deutschlands fort. Dabei konzentrierten sich aber die Anstrengungen immer mehr darauf, die Bundeswehr an weltweiten militärischen Einsätzen beteiligen zu können:
 - Es entstand die Ideologie des "Normalen Landes", allein gemessen an dem Recht zur Teilnahme an internationalen Militäraktionen. Diese Ideologie ignoriert, daß unsere Nachbarn von Deutschland vor allem erwarten, daß es seine Vereinigungsprobleme nicht über den Weg von Überschuldung und Hochzinsen auf dem Rücken anderer zu lösen versucht. Außerdem blendet das "Normal-Land"-Gerade aus, daß weiterhin und in erheblichem Umfang Truppen alliierter Länder in der Bundesrepublik stationiert bleiben. Noch nicht einmal die Mitbestimmungsrechte deutscher Arbeitnehmer ließen sich für die Zivilbeschäftigten bei den Alliierten durchsetzen. Bei der zunehmenden Aufstellung gemischtnationaler Militärverbände in der Allianz wird kein deutscher Verband bei den Nachbarn stationiert, sondern - mit Ausnahme des Stabes des Eurokorps in Straßburg - alle auf deutschem Boden. An diesem deutschen Sonderstatus schauen die Ideologen des "Normalen Landes" bewußt vorbei.
 - Es entstand weiter die Ideologie der "Vermeidung einer deutschen Sonderrolle". Diese Ideologie unterstellt eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik des Westens oder wenigstens der EG, aus der sich auszuklinken als Borniertheit erscheinen könnte. Tatsächlich existiert eine solche Gemeinsamkeit aber bisher nicht, am deutlichsten sichtbar an der Jugoslawienpolitik, wo London und Paris einerseits und Washington auf der anderen Seite häufig völlig unterschiedliche Wege verfolgen. Der Wille, keine Sonderrolle anzustreben, befreit die deutsche Außenpolitik nicht von der Pflicht zu eigenen Entscheidungen und Konzepten. Solche sind nirgends sichtbar.
 - Nach dem Golfkrieg, an dem sich die Bundesregierung mit dem Hinweis auf die Schranken des Grundgesetzes nicht unmittelbar militärisch beteiligte, verließen die Regierungsparteien den bis dahin gültigen verfassungspolitischen Konsens. Sie starteten eine provokative "Salamitaktik", um mit vollendeten Tatsachen eine neue Militärpolitik jenseits der Verfassungsschranken durchzusetzen. Deutsche Soldaten kamen im Nordirak, in Kambodscha, in der Adria, als AWACS-Besatzungen im Jugoslawienkrieg und in Somalia zum Einsatz, ohne daß die notwendigen Verfassungsgrundlagen dafür geschaffen wurden.
 - Das Angebot der SPD, durch eine Änderung des Grundgesetzes eine deutsche Beteiligung an friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen zu ermöglichen (Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vom 23.6.92), wurde ausgeschlagen. Diese Änderung würde eine deutsche Beteiligung an der Mehrzahl aller gegenwärtigen UNO-Aktionen und die dringend erforderliche Vorbereitung der Bundeswehr auf eigene Blauhelm-Einsätze sofort ermöglichen und auf eine verfassungsrechtlich einwandfreie Basis stellen.

- Stattdessen schickt die Bundesregierung kaum vorbereitete Bundeswehreinheiten ohne Klärung der Verfassungsfrage in einen gefährlichen Militäreinsatz nach Somalia, dessen Auftrag sich deutlich von den bisherigen friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen unterscheidet und der sich zu einer massiven und verlustreichen Militärintervention entwickelt. Heute stecken Bundeswehreinheiten in Somalia mitten im bisher umstrittensten Einsatz der Vereinten Nationen, der zunehmend gekennzeichnet ist durch Vergeltungsschläge, verdeckte Kriegsführung und die Bereitschaft, zivile Opfer selbst unter Frauen und Kindern hinzunehmen. Die Bundesregierung hat eine deutsche Beteiligung gegen die Stimmen der SPD ausgerechnet bei einem Einsatz durchgesetzt, dessen humanitärer Auftrag von Tag zu Tag fragwürdiger wird und der das Prestige der Blauhelme nachhaltig zu beschädigen droht.
- 4. CDU/CSU und FDP haben durch einen Antrag zur Grundgesetzänderung vom Januar 1993 verdeutlicht, welches Ziel sie verfolgen: Weltweit soll deutschen Militäreinsätzen Tür und Tor geöffnet werden, wenn sich nur ein weiteres Land ebenfalls zur Intervention entschließt. Es geht nicht mehr um Landesverteidigung oder Wahrnehmung von Bündnisaufgaben, sondern um die militärische Durchsetzung westlicher Interessen rund um die Erde - Interessen an billigen Rohstoffen, ungestörten Verkehrswegen und der Kontrolle strategisch wichtiger Regionen. Deutschland soll sich an dem bewährten Egoismus der Starken beteiligen, soll dabei sein, wenn der Prozeß der Militarisierung des Nord-Süd-Konfliktes fortschreitet, zu dem der Goldkrieg den Startschuß geliefert hat. Die SPD hält diese Entwicklung für verhängnisvoll und hoffnungslos. In sozialdemokratischer Verantwortung wird Deutschland diesen Weg nicht mitgehen.
- 5. Die Außenpolitik Deutschlands hat sich unter Kohl/Kinkel derart auf die Frage von weltweiten Kampfeinsätzen der Bundeswehr reduziert, daß der Eindruck entsteht, die Bundesrepublik habe zwei Verteidigungsminister, aber keinen, der für eine tatsächliche konzeptionelle Auswärtige Politik zuständig ist. Die Zukunft Deutschlands hängt aber davon ab, ob es gelingt, weltweit zunehmende soziale Ungerechtigkeiten und Spannungen abzubauen und durch eine solidarische, kooperative Zukunftsbewältigung zu ersetzen. Die Militarisierungsbestrebungen der Regierungsparteien blockieren die notwendige Arbeit an solchen Konzepten für die westeuropäische Integration, eine notwendige neue deutsche Ostpolitik und den Einstieg in eine faire Ausgleichspolitik zwischen Nord und Süd. Diese Blockade muß aufgehoben werden.

III. Außenpolitik in einer bedrohten Welt:

Die Bundesrepublik muß einer Politik der Industriestaaten entgegenwirken, die den Kapitaltransfer aus den armen in die reichen Länder fortsetzt und die damit verbundene Verelendung ganzer Weltregionen schulterzuckend hinnimmt. Es geht nicht um eine moralische Führungsrolle, nicht um einen weltweit sichtbar gehobenen deutschen Zeigefinger. Es geht darum, als wichtige Industrie- und Handelsnation den Egoismus der Starken nicht mitzumachen und stattdessen erste Schritte in eine solidarische Weltgemeinschaft zu tun.

Eine politische Positionsbestimmung dieser Art wird gerne als naives Weltverbesserertum diffamiert. Tatsächlich aber wäre die Bundesrepublik ein frühes Opfer in einer Welt der sozialen Zerrung, in der die Reichen ihre Privilegien des hohen Ressourcen- und Energieverbrauches nur noch militärisch verteidigen können. Ohne eine Umkehr in Richtung solidarische Weltgemeinschaft gibt es keine Zukunftssicherung für Deutschland. Dies nicht zu erkennen oder erkennen zu wollen, ist der schwerwiegendste Fehler der jetzigen Bundesregierung.

Europäische Integration

1. Mit Recht erwarten unsere Nachbarn, daß wir den eingeschlagenen Weg der ökonomischen und politischen Integration Europas ohne Zögern unterstützen. Die Einbindung der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft ist die nichtmilitärische, alternativlose Garantie gegen eventuelle deutsche Sonderwege. Wir bejahen diese Integration ohne jeden Vorbehalt.
2. Das schließt eine aktive Mitbestimmung bei der Neugestaltung des integrierten Europa nicht aus. Auf keinen Fall darf es in der Wirtschafts- und Währungsunion sowie bei der künftigen Politischen Union weniger demokratische Rechte geben als in den heutigen europäischen Gesellschaften. Wir werden auf nationale Souveränitätsrechte nur verzichten, wenn sie in einer europäischen parlamentarischen Demokratie aufgehoben werden, nicht aber, wenn sie von Euro-Bürokraten usurpiert werden sollen.

3. Die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Gesamtsituation in der EG droht, den Weg in die Integration zu verlangsamen oder gar in Frage zu stellen. Dies gibt rechtspopulistischen Parolen Nahrung, die auf ökonomische Desinformation setzen und die absurde Behauptung verbreiten, die Bundesrepublik könne ohne die europäische Integration besser dastehen. Dieser Volksverdummung von rechts treten wir mit Entschiedenheit entgegen.
4. Der wichtigste Beitrag, den Deutschland heute zur Europäischen Integration leisten kann, ist eine "Hausaufgabe": Die Bundesregierung muß endlich zu einer soliden Finanzierung der Einheit finden und aufhören, über die Verschuldungs- und Hochzinspolitik die Einheitskosten auf die europäischen Nachbarn abzuwälzen. Der Unmut unserer Nachbarn über diesen Bonner Egoismus droht zu einer Gefahr für das Zusammenwachsen Europas zu werden.
5. Die schwierigste Aufgabe besteht darin, die Europäische Union nicht zu einer Wagenburg der Etablierten werden zu lassen und dabei zuzulassen, daß die Entwicklung in einigen europäischen Zonen hoffnungslos zurückbleibt. Der europäische Integrationsprozeß ist der Test für die solidarische Weltgemeinschaft; Nur was auf dem überschaubaren europäischen Kontinent erfolgreich ist, kann auch weltweit gelingen. Die Öffnung der Gemeinschaft nach Maßgabe ihrer Integrationskraft für einige neue Mitglieder reicht nicht aus. Alle europäischen Länder müssen teilhaben und profitieren, kein Land darf ausgegrenzt werden, wenn die neuen Konturen Europas entstehen. Die Instrumente und Institutionen dazu müssen zum großen Teil erst noch geschaffen werden.

Neue Ostpolitik

1. Seit 1989 findet in Osteuropa ein revolutionärer Prozeß statt. Es geht um die einmalige Chance, gleichzeitig auf einem halben Kontinent demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen aufzubauen. Die sozialen Kosten der Übergangszeit sind hoch. Sie werden von der Bevölkerung getragen, jeweils als Opfer für eine gerechte, demokratische und produktive Gesellschaft. Scheitert die Transformation, dann wird Osteuropa auf längere Zeit ein Quelltopf sozialer Unruhen, unkontrollierbarer Wanderungen und demokratiefeindlicher Tendenzen. Die Bundesrepublik als nächster Nachbar Osteuropas hat ein existentielles Interesse an einem Erfolg der osteuropäischen Transformationsprozesse.
2. Die jetzige Bundesregierung setzt hier keine eindeutige Priorität. Prestigegewinne auf spektakulären militärischen Schauplätzen wie in Somalia erscheinen ihr wichtiger als eine kontinuierliche, kreative und koordinierte Unterstützung unserer unmittelbaren Nachbarn im Osten. Es gibt kein Gesamtkonzept für die Mittel- und Südosteuropäischen Länder sowie die Staaten der GUS.
3. In folgenden Bereichen sind Defizite entstanden, die rasch beseitigt werden müssen:
 - Mangelnde nationale Koordinierung der Hilfsmaßnahmen
 - Entstehung eines als störend empfundenen "Hilfstourismus" der einzelnen Bundesministerien
 - zu wenig wirksame Kosten- und Effizienzkontrolle, besonders bei der Beratungshilfe
 - schlechte Abstimmung mit europäischen Maßnahmen und zu geringer deutscher Einfluß auf die europäischen Hilfsinstitutionen
 - vergleichsweise schwache Öffentlichkeitsarbeit zur Begleitung der Hilfsmaßnahmen.
4. Vor allem aber hat die Bundesregierung bisher nicht erkannt, daß die osteuropäischen Nachbarländer die Orientierung auf eine neue Phase der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für überfällig halten. Als größtes Entwicklungshemmnis der osteuropäischen Reformgesellschaften stellt sich mittlerweile der Handelsprotektionismus der Europäischen Gemeinschaft dar, der selbst in den vielgepriesenen Assoziationsabkommen mit Polen, Ungarn, den Tschechischen und Slowakischen Republiken, mit Bulgarien und Rumänien (den sogenannten "Europa-Abkommen") noch seinen deutlichen Niederschlag findet. Auch der Europagipfel in Kopenhagen konnte diese Probleme nicht lösen. Ohne breite Möglichkeiten, die eigenen Produkte auf dem europäischen Markt anzubieten, haben die Mittel- und Südosteuropäischen Republiken aber keine Chance, aus eigener Kraft ihre Transformationsprozesse zu finanzieren und zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

5. Die Bundesrepublik braucht eine neue Ostpolitik: Als koordiniertes Konzept für Hilfe und Beratung, vor allem aber für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Osten. Wenn wir die Erwartungen und Hoffnungen nicht erfüllen, die in diesen neuen Republiken die reformbereiten jungen Eliten auf uns richten, werden wir uns Jahrzehnte mit den negativen Folgen der Enttäuschung auseinandersetzen müssen. Die Bewährungsprobe der deutschen Außenpolitik findet nicht bei den Marschbefehlen für deutsche Soldaten out of area statt, sondern bei den konkreten Maßnahmen und Konzepten, die wir für die Nachbarregion im Osten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer anzubieten haben.

Nord-Süd

- 1) Nirgends wuchert der Egoismus der Starken so sehr wie im Verhältnis zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern. Es liegt in der Verantwortung Europas und damit auch des stärker gewordenen Deutschlands, den wohlwollenden Worten endlich Taten folgen zu lassen. Eine Ausweitung von "Entwicklungshilfe" bleibt dabei wirkungslos, wenn nicht gleichzeitig die fortdauernde Ausbeutung der Dritten Welt beendet wird. Auch in den 90er Jahren stieg der Nettotransfer zugunsten der Industrieländer auf über 50 Mrd. Dollar jährlich.
- 2) Das wichtigste Mittel zur Beendigung der Ausbeutung ist eine faire Preisgestaltung für Rohstoffe. Tatsächlich diktieren die Industrieländer aber ein ständiges Absinken der Rohstoffpreise, die sich z.B. bei 33 Gütern zwischen 1980 und 1991 sogar halbiert haben. Es gibt Entwicklungsländer, die gezwungen sind, Rohstoffe unter dem Gestehungspreis zu liefern. Ohne eine Humanisierung der Terms of Trade werden die Unterschiede zwischen armen und reichen Weltregionen immer größer und gefährlicher werden. Es ist beschämend, daß Deutschland ohne Gewissensbisse von diesem Preisdiktat profitiert, statt es endlich infragezustellen.
- 3) Über die Verschuldung werden viele Länder der Dritten Welt einem politischen und wirtschaftlichen Diktat der Industrieländer und ihrer Agenturen Weltbank und IMF ausgeliefert. In mehreren Ländern übersteigt heute die Verschuldung das Bruttosozialprodukt. Vielfach gibt es keine Alternative zum Forderungsverzicht. Deutschland muß endlich praktische Beiträge zur Lösung der Verschuldungskrise leisten.
- 4) Wer die Verelendung der 3. Welt stoppen will, muß die Handelshemmnisse an den Grenzen der Industrieländer abbauen und die Märkte für Produkte der Entwicklungsländer öffnen. Für eine Übergangszeit sind Maßnahmen einer asymmetrischen Marktliberalisierung notwendig, d.h. der Schutz der Binnenmärkte in den armen Ländern. Deutschland muß seine Position als führende Handelsmacht für solche Maßnahmen einsetzen.
- 5) Es ist empörend, daß Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt geworden ist. Diese Waffen stabilisieren Diktaturen und tragen zur Verschärfung regionaler Konflikte bei. Es ist verbrecherisch, als Folge der Absatzkrise für Kriegswaffen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts jetzt verstärkt den Waffenmarkt der Dritten Welt zu erschließen, um die entstandenen Lücken zu schließen. Aus der Bundesrepublik sollen Waffenexporte künftig nur noch in Mitgliedsländern der NATO erlaubt sein.
- 6) Letztlich entscheiden unsere Wirtschaftsweise und unser Alltagsverhalten über das Schicksal der Mehrheit der Menschen, die in den armen Ländern lebt. Unser verschwenderischer Umgang mit Rohstoffen und die dabei entstehenden Emissionen erzeugen Umweltkatastrophen, die als erstes die Dritte Welt treffen. Diese Zerstörungen lassen sich durch keine noch so erweiterte Entwicklungshilfe ausgleichen. Würden wir unsere Lebensweise auf alle Staaten der Welt übertragen, müßte der Planet Erde endgültig kollabieren. Die Aufgabe einer Gesellschaft, die sich dem Ziel einer solidarischen Weltgemeinschaft verpflichtet hat, bleibt es daher, eine Lebens- und Wirtschaftsweise zu entwickeln, die für die ganze Weltgesellschaft verträglich ist und nicht von Ungerechtigkeit und Ausbeutung abhängt.

(-/24. September 1993/rs/fr)
